

**A N F R A G E** von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend Regionale Anlaufstelle Integration Zürcher Unterland (RAIZU)

---

Die Regionale Anlaufstelle Integration Zürcher Unterland (RAIZU) bietet seit April 2004 eine niederschwellige, unentgeltliche Beratung zu Integrationsfragen für die im Zürcher Unterland wohnende in- und ausländische Bevölkerung an. Die Beratungen finden in Bülach und Wallisellen statt und betreffen alle Bereiche des Lebens, wie z.B. Gesundheitsfragen, Arbeitsplatzprobleme, Gewalt in der Familie, Erziehungs- und rechtliche Fragen. Bei Bedarf wird ein Rechtsberater zugezogen. Daneben organisiert die RAIZU Veranstaltungen in den Bereichen Bildung und Begegnung. Es werden z.B. PC-Kurse, Informationsveranstaltungen zu gesellschaftlichen Fragen, Deutschkonversationskurse, gemeinsames Kochen usw., angeboten. All diese Angebote haben das Ziel, der ausländischen Bevölkerung zu helfen, sich besser in unserem Land zurechtzufinden und sich schneller und besser zu integrieren. Für Rat suchende Migrantinnen und Migranten sowie für Schweizerinnen und Schweizer in binationalen Ehen des Zürcher Unterlandes ist die RAIZU die einzige Beratungsstelle. Infodona mit einem vergleichbaren Beratungsangebot berät nur Personen mit Wohnsitz in Zürich, die Ausländerinnenberatung Winterthur nur solche mit Wohnsitz in Winterthur.

Nachdem die RAIZU im April 2004 als viel versprechendes Projekt lanciert wurde, soll es nun bereits wieder geschlossen werden.

RAIZU erhält seit Januar 2006 definitiv keine finanzielle Unterstützung mehr vom Kanton Zürich. Dadurch fällt auch die im 1. Projektjahr erhaltene finanzielle Unterstützung des Bundes dahin, da diese Beiträge an das Konzept der Kantonalen Integrationsbeauftragten gebunden sind. Ohne finanzielle Unterstützung von Bund und Kanton kann RAIZU das erforderliche Betriebskapital von jährlich Fr. 80'000 nicht aufbringen. Die Beiträge der beteiligten Gemeinden, Kirchgemeinden und Stiftungen decken max. 60%. Die restlichen 40%, also rund Fr. 30'000, müssen von Kanton und Bund sicher gestellt werden. Zu Projektbeginn waren diese der Trägerschaft zugesichert und das Projekt von der Kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen als erfolgsversprechend unterstützt worden. Es ist deshalb unverständlich, dass dieselbe Stelle der RAIZU bereits nach drei Betriebsmonaten mitteilte, dass sie Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten nicht mehr zu unterstützen gedenke.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Welches sind die Gründe, warum die Regionale Anlaufstelle Integration Zürcher Unterland (RAIZU) vom Kanton nicht mehr unterstützt werden soll?
2. Wie ist es zu verstehen, dass sich die Kantonale Beauftragte bereits nach drei Betriebsmonaten entschloss, RAIZU nicht mehr länger zu unterstützen, nachdem sie das Projekt zu Beginn als erfolgsversprechend begrüsst hatte?
3. Wo sollen sich in Zukunft im Zürcher Unterland wohnhafte Migrantinnen und Migranten, Schweizerinnen und Schweizer in binationalen Ehen beraten lassen?
4. Wie schätzt der Regierungsrat den Wert solcher Beratungsstellen ein, sowohl bezüglich Integration der ausländischen Bevölkerung und Hilfeleistung in allen Lebensbereichen wie auch bezüglich des Zusammenlebens von Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern?

5. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass mangelnde Beratung und Hilfestellung für die ausländische Bevölkerung Folgekosten in allen Lebensbereichen (Gesundheit, Schule, Arbeit, Sicherheit usw.) auslösen können?  
Wie hoch schätzt der Regierungsrat diese Folgekosten ein?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Gefahr, dass sich hilflose, nicht integrierte Menschen ausländischer Herkunft vermehrt fundamentalistischen Religionsgemeinschaften anschliessen oder kriminell werden?
7. Wie kann im Zürcher Unterland eine solche Entwicklung verhindert werden, wenn es keine professionelle Beratungsstelle für Ausländerinnen und Ausländer mehr gibt?

Susanne Rihs-Lanz